

## Erklärung gegen Atomstrom-Import von Energieversorgungsunternehmen gefordert

Die Verantwortlichen in Politik und Energieversorgungsunternehmen (EVU) in Österreich haben sich weder rechtzeitig noch konsequent gegen die Rahmenbedingungen der Liberalisierung des EU-Strommarktes zur Wehr gesetzt. Durch die Liberalisierung nimmt der Stellenwert heimischer Ressourcen, umweltverträglicher und rationeller Stromerzeugung und –verwendung sowie kundenfreundlicher Energiesparberatung deutlich ab.

Es liegt daher in der Verantwortung der Politik und der Energiewirtschaft wenigstens jetzt alles daran zu setzen, den Atomstromimport nicht weiter anwachsen zu lassen.

Klimabündnis, Österreichischer Naturschutzbund, Robert Jungk-Zukunftsbibliothek und Plattform gegen Atomgefahren forderten deshalb von der Salzburg Energie AG (SAFE und Salzburger Stadtwerke) eine verbindliche Erklärung, keine

Stromabnahmeverträge mit Firmen einzugehen, die in großem Maßstab Atomenergie erzeugen bzw. verkaufen.

Dazu Dr. Helmut Hüttinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Salzburger Stadtwerke in seiner Stellungnahme: „Es besteht zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Eigentümer der Salzburger Stadtwerke AG Einvernehmen darüber, dass die Salzburger Stadtwerke AG keine Stromlieferverträge mit Unternehmen eingehen werden, die in großem Maßstab Atomenergie erzeugen oder verkaufen. Dies soll selbstverständlich auch für die Salzburg AG gelten, die Stadt Salzburg wird ihren Einfluss als zweitgrößter Aktionär diesbezüglich geltend machen.“

Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger, Aufsichtsratsvorsitzender der SAFE: „Eine verbindliche Erklärung der neuen Salzburger AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation,

keinen Atomstrom einzuspeisen, kann leider nicht abgegeben werden. Der mit 1. Oktober 2001 beginnende offene Wettbewerb wird die Energieversorgungsunternehmen zwingen, so kostengünstig wie möglich einzukaufen “

### Bürgermeister gegen Atomstrom

Gemeinsam mit Greenpeace fordern mehr als 400 Bürgermeister, darunter jene von Graz und Zwentendorf, den Stopp von Atomstromimporten nach Österreich, eine Kennzeichnungspflicht für alle Stromquellen und die bessere Förderung von Sonne, Wind und Biomasse im neuen Energiewirtschaftsgesetz. Die Greenpeace-Kampagne richtet sich aber nicht nur gegen Atomstrom in Österreich sondern will auch die Förderung von Ökostrom. Damit dieser nicht teurer ist als Atomstrom, muss Ökostrom auch von der Strommaut befreit werden, fordert Greenpeace und verlangt zudem eine Kennzeichnung des Atomstroms.

-AU-

## Glückliches Sonnenland Kärnten

### Klimabündnisland vergütet Solarstrom mit 10 Schilling

Die am 1. Mai 2000 für Kärnten in Kraft getretene neue Verordnung für Stromeinspeisung gibt Rückendeckung für die Erreichung der Klimabündnisziele. Strom aus Photovoltaikanlagen wird mit 10 öS pro Kilowattstunde rückvergütet. Die Sätze für die Windkraft liegen zwischen 79 und 134 Groschen.

Für Biogasanlagen gibt es zwischen 97 und 180 Groschen, für Bioöle zwischen 157 und 269 Groschen pro Kilowattstunde. Sonstige Biomasse wie Hackschnitzel etc. bekommt zwischen 114 bis 210 Groschen rückvergütet. Die Spannen kommen zustande, weil die Verordnung nach Anlagengröße, Tarifzeit sowie

Winter und Sommer unterscheidet. Damit ist zu dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz und der spanischen Einspeiseregulation nun eine weitere wegweisende Verordnung hinzugekommen, die erneuerbaren Energien in Europa zum Durchbruch verhelfen wird.

**Kontakt:** Klimabündnis Koordinationsstelle Kärnten, Rathausgasse 2, 9500 Villach, Tel. 04242/24617-2, Fax 04242/24617-4, kaernten@klimabuendnis.at

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 2000

Band/Volume: [2000\\_4-5](#)

Autor(en)/Author(s): Augustin Hannes

Artikel/Article: [Erklärung gegen Atomstrom - Import von Energieversorgungsunternehmen gefordert 23](#)